



# Militarischer Tagblatt

Engtalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Engtal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerschweizerischen Verkehr monatlich 1.40 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Großkonto RM. 30 bei der Oberamtspostamt Kempten, Schwabensche Buchdruckerei. — Druckerei: Ernst Heilmann & Co., Wildbad; Schwarzwald-Verlag Wildbad. — Postfachkonto 2774 Stuttgart.  
Anzeigenpreise: Im Anzeigenblatt die einmalige 45 mm breite Zeilenlänge 5 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenanzeigen 3 Pf.; im Tagblatt die 20 mm breite Zeilenlänge 15 Pf. — Rabatt nach vorzugeschriebenem Tarif. — Zahlung der Anzeigenanzahlungen täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen aber wenn gerichtlich: Bezahlung notwendig wird, fällt jede Nachlassforderung weg.  
Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 50, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 27

Februar 479

Freitag den 2. Februar 1934.

Februar 479

69. Jahrgang.

## Reichsinnenminister Dr. Frick über den Neuaufbau des Reiches

Berlin, 31. Jan. Reichsinnenminister Dr. Frick sprach am Mittwochabend im Rundfunk über den Neuaufbau des Reiches. In einem großen historischen Rückblick zeigte Dr. Frick, wie zur Zeit der Sachsen- und Frankenkaiser ein starker in sich geschlossener Nationalstaat bestand, der in der Lage war, die gesamte Kraft des Volkes gegen seine Feinde zu wenden, um nach außen seine Grenzen zu schützen und im Innern dem Frieden zu dienen. Nach dem Verfall des Reiches baute aus den Staaten der großen Preußenkönige, insbesondere Friedrichs des Großen, und aus den Dörfern des Preußenvolkes in den Freiheitskriegen Bismarck sein zweites Reich. Wir wissen heute, was es in der deutschen Geschichte bedeutete. Es war ein Reich der Macht, der Ehre und Würde, ein Reich, das der Verwirklichung des alten Traumes der besten Deutschen nahe kam, sie aber nicht vollendete. Der schwerste Fehler des zweiten Reiches war es, daß man es trotz weitgehender materieller Fürsorge nicht verstand, die Massen der deutschen Arbeiterschaft innerlich dem Staat zu verbinden und sie zusammen mit dem deutschen Bauern zu Trägern des neuen Staates zu machen. An diesem Fehler zerbrach letzten Endes am 9. November 1918 das zweite Deutsche Reich.

Revolutionen nach verlorenen Kriegen haben nur dann einen geschichtlich gerechtfertigten Sinn, wenn sie gemacht werden, um die Kraft eines Volkes zur letzten Selbstbehauptung, zum äußersten Widerstand zusammenzufassen und rücksichtslos mit neuen großen Ideen den Neuaufbau des Staates zu bestimmen. Von solchen Ideen war bei den Novembermännern nichts wahrzunehmen. Korruption, Kemmerlacher, Landesverrat, Demütigungen kennzeichneten den Niedergang Deutschlands in den letzten Jahren. Es gab sogar Zeiten unter diesem System, in denen die Reichseinheit selbst gefährdet war.

Zu dieser Zeit begann der schlichte deutsche Mensch Adolf Hitler sein heroisches Ringen um die Seele des deutschen Volkes. 14 Jahre lang, unermüdet, allen Widerständen zum Trotz, eifern, unerbittlich, fast alleinlebend eroberte er in immer neuem Ansturm das deutsche Volk und mit ihm wieder den Glauben an sich, seine Kraft und seine Zukunft.

Wohlf die größte Leistung des Führers im vergangenen Jahre aber ist die Einigung, die Zusammenführung des deutschen Volkes zu einer Nation! Die Parteien, die das Volk 14 Jahre lang auseinandergeredet und die deutsche Würde mit Füßen getreten haben, sind verwunden! Parlamente, die ihre Aufgaben im Reden und Zerstreuen sahen, gibt es heute nicht mehr. Volk und Staat sind eins geworden!

Es ist klar, daß diese neue Einigkeit im deutschen Volk gebieterisch auch nach der ihr gemäßen äußeren Form des vollkühnen Zusammenlebens verlangt. Die historische Aufgabe unserer Zeit ist die Schaffung des kraftvollen nationalen Einheitsstaates an Stelle des bisherigen Bundesstaates. Für Länder im bisherigen Sinne und für Landesgrenzen ist im neuen Deutschland kein Platz mehr! Niemand wird verkennen, daß auch die Länder sich geschichtliche Verdienste, besonders auf kulturellem Gebiet, erworben haben. Der in der Tradition verwurzelte Nationalsozialismus ist der letzte, der das nicht anerkennen wollte! Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß eine neue Zeit ihre eigenen neuen Ausdrucksformen verlangt. Wollen wir, wie das Volk es am 12. November v. Js. bekannte, den starken geschlossenen völkischen Staat, so dürfen wir nicht aus Pietät, Sentimentalität oder lieber Gewohnheit an Einrichtungen und Formen festhalten, die zu anderen Zeiten und unter anderen Voraussetzungen geschaffen wurden, deren Zeit aber nun erfüllt ist. Sie können heute als Anreiz zu völkfeindlichen monarchistischen Parteistrebungen sogar schädlich wirken. Dieser Wille, der jetzt nach Gestaltung ringt, entspricht der tauendjährigen deutschen Sehnsucht nach dem starken einheitslichen Staat. Das „Gesetz zum Neuaufbau des Reiches“ gibt diesem Willen den äußeren staatsrechtlichen Ausdruck. Das gestern vom Reichstag beschlossene und vom Herrn Reichspräsidenten verkündete „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ bestimmt in Artikel 1, daß die Volksvertretungen der Länder aufgehoben werden. Damit wird der Zustand, wie er bereits seit dem 14. Oktober 1933 tatsächlich bestand, gesetzlich sanktioniert. Die Reichstagsauflösung vom 14. Oktober 1933 hatte die Auflösung der Landtage zur gesetzlichen Folge. Die Neuwahl der Landtage unterblieb. Mit der Beseitigung der Landtage haben die Länder ihre souveräne Grundtatsache gänzlich verloren, nachdem die ursprünglichen Träger ihrer Souveränität, die Bundesfürsten, bereits im November 1918 verschwunden waren.

Aus dieser Tatsache zieht Artikel 2 den folgerichtigen Schluß, daß die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übergehen, und daß die Landesregierungen der Reichsregierung unterstehen. Wenn auch die Weimarer Verfassung die Rechte der Bundesstaaten der Bismarckschen Verfassung ganz erheblich beschneidet, so ließ sie doch immerhin diese Gebilde trotz Beseitigung der Dynastien als Länder mit einer gewissen selbständigen Staatsgewalt bestehen. Von heute an gibt es keine selbständige Landeshoheit mehr. Träger der gesamten Staatsgewalt ist ausschließlich das Reich. Der Einheit des nationalen Willens entspricht die Einheit der Staatsführung. Für alle Zeiten ist damit irgendwelchen

## Tagespiegel.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hat dem österreichischen Gesandten in Berlin die deutsche Antwort auf die österreichische Beschwerde übergeben. In der Antwort der Reichsregierung wird die grundsätzliche Haltung gegenüber dem österreichischen Problem festgelegt, die einzelnen österreichischen Beschwerden werden Punkt für Punkt widerlegt. Zugleich bringt die Reichsregierung zum Ausdruck, daß das Problem einer internationalen Behandlung nicht zugänglich ist und auf diesem Wege nicht gelöst werden kann.

Die italienische Denkschrift trägt in der Abrüstungsfrage den deutschen Forderungen grundsätzlich Rechnung, auch in der englischen Denkschrift erblickt das Ausland zahlreiche Konzessionen an den deutschen Standpunkt.

Die englischen und italienischen Vorschläge zur Abrüstung finden in der Pariser Presse teils Ablehnung, teils werden sie für ungenügend befunden.

In Paris wurde ein Handelsabkommen zwischen Frankreich und Oesterreich unterzeichnet, was erneut zeigt, wie Frankreich Volkstuh jüht.

Die Thronrede des rumänischen Königs behandelte die zahlreichen Verträge und Bündnisse, die auf dem Balkan in der letzten Zeit abgeschlossen wurden und schloß mit einem Verlangen zum Völkerverbund.

Die Einigung der deutschen Studenten ist nun vollständig, nachdem bei den katholischen Studentenverbänden das konfessionelle Prinzip aufgehoben wurde.

Separatistischen oder föderalistischen Bestrebungen ein verfassungsmäßiger Niegel vorgezogen. Deutschland ist aus einem Bundesstaat zum Einheitsstaat geworden, auch wenn die praktische Durchführung des neuen Gesetzes noch Jahre erfordern wird. Die Landesregierungen sind von heute an nur noch Ausführungsorgane des Reiches. Sie behalten zwar vorerst ihre bisherigen Zuständigkeiten, sind dabei aber verpflichtet, Anordnungen der Reichsregierung durchzuführen. Die weitere organisatorische Entwicklung wird sich ohne Störung der laufenden Verwaltungstätigkeit gemäß Artikel 4 des Gesetzes durch Gehebe der Reichsregierung und gemäß Artikel 5 durch Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften des Reichsinnenministers vollziehen.

Das Reichsstatthaltergesetz hatte die Regelung der Dienstaufsicht über die Reichsstatthalter offengelassen. Durch Artikel 3 des Gesetzes wurde daher die Dienstaufsicht dem sachlich zuständigen Reichsminister des Innern übertragen. Die Dienstaufsicht umfaßt auch das Recht der Erstellung von Anweisungen im allgemeinen und im Einzelfall.

Nach dem sogenannten Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 konnte die Reichsregierung auch verfassungsändernde Gesetze beschließen. Sie war dabei aber an gewisse Schranken, so insbesondere hinsichtlich des Reichstags und des Reichserzöls gebunden. Das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 beseitigt diese Einschränkungen und gibt der Reichsregierung für den verfassungsmäßigen Neubau des Reiches unbeschränkte Vollmacht. Nach Artikel 6 ist das Gesetz am 30. Januar 1934 in Kraft getreten.

Mit diesem Gesetz ist der Reichsregierung nach dem Willen des deutschen Volkes eine Machtbefugnis in die Hand gegeben, wie sie keine Regierung vor ihr je gehabt hat. Sie wird auf Grund des Gesetzes die Maßnahmen treffen, die zum Neuaufbau des Reichs erforderlich sind, und die der inneren Wandlung des Volkes zur Nation entsprechen. Sie wird sich aber bei allen ihren Schritten leiten lassen von dem Gefühl tiefster sittlicher Verantwortung vor Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes! Die Männer, die unter der genialen Führung Adolf Hitlers am Neuaufbau des Reichs arbeiten wollen nichts für sich. Sie fühlen sich, wie einst der große Preußenkönig, nur als die ersten Diener des Staates, und wie sie mit dem Volk und durch das Volk in die Regierung berufen worden sind, so werden sie ihre Arbeit leisten allein für das Volk und seine bessere Zukunft!

An das ganze Volk aber ergeht der Ruf, dem Führer und seiner Regierung in den kommenden Monaten und Jahren so treu zur Seite zu stehen, wie in dem jetzt abgelaufenen Jahr.

Im Glauben an Deutschlands Kraft und an das unerbittliche Leben des deutschen Volkes hat der Führer vor 15 Jahren an der Spitze von sechs Mann seinen heroischen Kampf begonnen. Heute zu Beginn einer neuen geschichtlichen Epoche des deutschen Volkes ist sein und seiner Regierung oberster Grundfah der gleiche, wie damals: Deutschland und nichts als Deutschland!

## Die englische Denkschrift

Veränderungen am Macdonald-Plan vom März 1933  
London, 1. Febr. Die englische Regierung hat nunmehr ihr Memorandum über die Abrüstungsfrage der Öffentlichkeit übergeben. Das 24 Seiten umfassende Schriftstück kommt zum Schluß im wesentlichen zu folgenden Vorschlägen, die im Sinne von Änderungen des ursprünglichen englischen Konventionentwurfes enthalten sind:

Der Grundfah der Gleichberechtigung ist nicht weniger wesentlich als der der Sicherheit und beide müssen praktisch zur Anwendung gelangen. Ausgehend von der Annahme, daß die Abrüstungsvereinbarung auf zehn Jahre abgeschlossen wird, wäre die englische Regierung auch mit einer solchen Heeresstärke von 300 000 Mann einverstanden, wenn aus der mit der Zahl 200 000 angestrebte Grundfah der Parität zwischen Frankreich, Deutschland, Italien und Polen zu einer entsprechenden Regelung führen würde. Auch einer Dienstzeit von zwölf statt acht Monaten würde sie zustimmen, wenn dies allgemein gewünscht würde. Bezüglich der sog. „militärähnlichen Ausbildung“ wird eine genaue Kontrolle vorgeschlagen. Die deutschen Versicherungen bezüglich der SA und SS. werden mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Weiter wird vorgeschlagen, sofort mit der Abschaffung von Tanks über 16 Tonnen bis zum Ende des fünften Jahres zu beenden und der neuen deutschen Armer Kampfwagen bis zu 6 Tonnen zuzubilligen. Bewegliche Leichtgeschütze mit einem Kaliber bis zu 15,5 Zentimeter will die englische Regierung schließlich auch Deutschland, ebenso Oesterreich, Ungarn und Bulgarien zubilligen. Geschütze über 35 Zentimeter sollen bis Ende des ersten, über 22 Zentimeter bis zum Ende des vierten und über 15,5 Zentimeter bis zum Ende des sechsten Jahres gestört werden.

In der Frage der Aufrüstungen sind folgende Vereinbarungen vorgeschlagen: Wenn die künftige Abrüstungskommission nach Ablauf von zwei Jahren die Abschaffung nicht beschloffen hat, sollen alle Länder das Recht auf eine Militärflugfahrt haben. Sie würden in den folgenden acht Jahren je nach ihrer Lage ihre Bekände schrittweise bis zu einem zu vereinbarenden Stand entweder vermindern oder erhöhen. — Bezüglich der überseeischen Landstreitkräfte bleibt die englische Regierung bei ihrem alten Konventionentwurf.

## Die italienischen Abrüstungs-Vorschläge

Gegen unerfüllbare Bedingungen und Klauseln  
Rom, 1. Febr. Die „Agenzia Stefania“ veröffentlicht eine Vereinbarung, die den Standpunkt der italienischen Regierung zum Abrüstungsproblem enthält, so wie er bereits von Mussolini Anfangs Januar in Rom dargelegt worden war. Der Text umfaßt etwa zehn Schreibmaschinenseiten und ist in zehn Abschnitte eingeteilt, dessen Inhalt etwa folgendes besagt:

In der Einleitung stellt die italienische Regierung fest, daß in der Abrüstungsfrage keine Zeit mehr verloren werden darf und daß der tote Punkt überwunden werden muß, wenn nicht ein Zerfallen Europas in feindliche Mächtegruppen und ein Rüstungswettlauf eintreten soll. Die deutsche Position sei dadurch klar, daß sie die Beziehung zwischen den beiden Arten von Rüstungsregelung leugnet, nämlich der einen, die die Gleichberechtigung herbeiführen soll und der anderen, zu der Deutschland als entwaffnete Macht nicht verpflichtet ist.

Die italienische Regierung betont aber, daß ihre Politik ausgeglichene Abrüstungspolitik gewesen ist und bleibt. Allerdings müßten Abrüstungsvorschläge der Mächte klar und präzise und nicht durch Klauseln von vornherein unerfüllbaren Bedingungen in ihrer Wirksamkeit beeinträchtigt sein. Die italienische Regierung kann nicht umhin, den Friedenserklärungen des Präsidenten Hindenburg und des Reichskanzlers Hitler die größte Beachtung zu schenken, abgesehen davon, daß Abkommen nicht auf Vertrauen aufgebaut werden können, muß man zugeben, daß die wiederholten gleichlautenden Erklärungen des deutschen Regierungschefs ein sicheres Unterpfand dafür sind, daß klare und freiwillig angenommene Abkommen nicht nur nicht gebrochen, sondern nicht einmal für die Dauer ihrer Geltung durch weitere gehende und auf Abänderung zielende Forderungen diplomatisch veräufelt würden.

## Praktische Vorschläge

Die italienische Regierung hält folgendes Abkommen als im Rahmen des Möglichen liegend. Es könnte gelten bis zum 31. Dezember 1940 und müßte vor allem folgende Verpflichtungen enthalten:

1. Abschaffung des chemischen Krieges mit Kontrolle über Vorbereitung und Ausbildung.
  2. Verbot des Bombenabwurfs auf Zivilbevölkerung, wobei zu bemerken ist, daß auf dem Gebiete der Abschaffung des Luftbombardements noch radikalere Maßnahmen erreicht werden können. Diese Maßnahmen würden die Lösung der Frage der deutschen Gleichberechtigung in der Luft sehr erleichtern.
  3. Beschränkung der Militärausgaben der durch die Friedensverträge nicht beschränkten Mächte auf ihren gegenwärtigen Stand.
  4. Beschränkung des Heeresmaterials derselben Mächte auf den gegenwärtigen Stand.
- Was die Effektivstärke betrifft, so geht die deutsche Forderung nach 300 000 Mann von der Tatsache aus, daß die bewaffneten

Rauhe Haut, Penaten-Creme  
In Apoth. u. Droger. -30, -40, 1,20





Mächte ihre Effektivitäten nicht auf die Ziffern des Macdonald-Planes herunterlegen, sondern die augenblicklichen Ziffern beibehalten. Wenn die Herabsetzung in Betracht gezogen wird, erklärt sich Deutschland bereit, über die oben genannte Ziffer mit sich reden zu lassen. Bei dieser Lage zweifelt die italienische Regierung, wann sie die augenblicklichen Effektivitäten zum Beispiel Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei betrachtet, ernstlich daran, ob man mit Recht die Behauptung aufstellen kann, daß die im Macdonald-Plan angedeuteten Verhältnisse in den deutschen Vorschlägen zugunsten Deutschlands verändert worden seien. Das Problem der Herabsetzung und gegenseitigen Abwägung der Effektivitäten ist so kompliziert und wirft so viel Fragen auf, daß dadurch der Abschluß eines Abkommens in Frage gestellt würde. Es ist deshalb besser, auf der Basis des Status quo und der von den deutschen Vorschlägen angebotenen Beschränkung zu verhandeln.

Für die Seerüstungen müßte man eine Revision zur nächsten Seekonferenz aufschieben.

Den hier vorgesehene Zugeständnissen gegenüber würde Frankreich einen sofortigen und wirksamen Gegenwert erhalten in der Aufrechterhaltung seiner Gesamtrüstung. Ohne Zweifel würde das, von der technisch-militärischen Seite aus gesehen, genügen, um ihm für die ganze Dauer des Abkommens eine unbestreitbare Sicherheit zu garantieren.

Was die Sicherheit durch die Verträge betrifft, so ist es überflüssig, an den Pakt von Rom und an den Pakt von Locarno zu erinnern. Der Viererpakt erhält seinen Wert durch die in ihm vorgesehene dauernde und methodische Zusammenarbeit der großen Westmächte. Dem Locarnopakt fühlt sich Italien als Garant verpflichtet und weiß sich hierin mit der Regierung von London einig. Die deutsche Regierung hat übrigens den Abschluß von zehnjährigen Nichtangriffspakten mit allen seinen Nachbarn angeboten.

Ein letzter und wesentlicher Gegenwert für die Annahme der deutschen Forderungen, der außerdem einen neuen Beitrag zur Sicherheit liefern würde, könnte die Verpflichtung Deutschlands sein, nach Genf zurückzukehren, nicht nur um das Abrüstungsabkommen zu unterzeichnen, sondern um seinen Sitz im Völkerbund wieder einzunehmen. Die italienische Regierung weist nachdrücklich darauf hin, von welchem Interesse ein solches Ereignis sein würde.

Zum Schluß betont die italienische Regierung ausdrücklich die Notwendigkeit, daß der augenblicklich im Gange befindliche Gerdankenaustausch endlich so viel Fortschritte zeitige, daß er eine Zusammenberufung der Außenminister oder Regierungschefs der vier großen Westmächte rechtfertigen würde. Zu einer solchen Zusammenkunft könnten auch die Vertreter anderer Großmächte eingeladen werden.

## Pressestimmen zu den Abrüstungsvorschlägen

Pressestimmen zu der englischen und zu der italienischen Abrüstungsdenkschrift

Berlin, 1. Febr. Die Berliner Presse nimmt zu den englischen und italienischen Denkschriften zur Abrüstungsfrage nur sehr vorsichtig Stellung, da eine eingehende Prüfung der Auswirkungen der gemachten Vorschläge in der kurzen Zeit noch nicht hat erfolgen können. Die Blätter werfen besonders die Frage auf, welche Gründe die britische Regierung geleitet haben mögen, die Denkschrift im gegenwärtigen Zeitpunkt zu veröffentlichen, nachdem die diplomatischen Verhandlungen über die Abrüstung bisher vertraulich geführt worden sind.

Aus der Veröffentlichung der Denkschrift, so schreibt der „Völkische Beobachter“, kann man den Wert ermaßen, den die Londoner Regierung selbst diesem Dokument zuerkannt hat. Alles in allem genommen vertritt die britische Regierung in großem Maße das Zustandekommen einer allgemeinen Abrüstungskonvention zu ermöglichen, indem sie Forderungen der Sicherheit, der Gleichberechtigung und der Abrüstung einheitlich zusammenfaßt, die nach ihrer Ansicht unter den heutigen Umständen zu den erstrebten Zielen führen. Als Vermittlungsoption zwischen Deutschland und Frankreich, so meint das Blatt weiter, könne die britische Denkschrift nicht in Frage kommen, weil sie sich nicht nur an Frankreich und Deutschland, sondern auch an alle an der Abrüstung interessierten Staaten mit neuen Vorschlägen wendet. Das Blatt hofft, daß die britische Regierung gute Gründe für die Annahme haben möge, daß ihre Vorschläge auf fruchtbaren Boden fallen. Zur italienischen Denkschrift sagt der „Völkische Beobachter“, daß diese vom Staatschef Mussolini selbst stamme und am 3. Januar in Rom dem englischen Außenminister Simon bei seinem Besuch schriftlich übergeben worden sei.

## Kampf um Rosenberg

Roman aus Oberhessen von Johannes Hallstein.

75. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Sie begleiten Ihre Braut nicht?“  
„Rein, sie wollte allein sein, sie hat mich drum.“  
Der Kommissar machte sich eine Notiz.  
„Und Sie...?“  
„Ich hatte genau so das Bedürfnis, von der lauten Festlichkeit fortzukommen und dann war in mir ein so niederträchtiges Gefühl des kommenden Unheils. Drum nahm ich auch Schaffranz mit. Wir haben die Ställe und die anderen Gebäude nachgesehen und fanden alles in besserer Ordnung. Nirgend etwas Verdächtiges. Darauf haben wir eine Flasche Wein gemeinsam auf dem Altar getrunken.“  
„Der Altar liegt noch hinten raus?“  
„Ja!“  
„Die anwesenden Dienstleute und Soldaten konnten Sie nicht auf dem Altar sehen?“  
„Eigentlich nicht, doch sie wußten es, denn ein Soldat kam wohl einmal nach dem Garten.“  
„Stimmt! Dann ging also Herr Schaffranz noch einmal einen Inspektionsgang. Wie lange blieb Herr Schaffranz weg?“  
„Sie meinen... bis er mir den Brand meldete?“  
„Ja!“  
„Eine gute halbe Stunde!“  
„Wie lange dauerte der erste Inspektionsgang?“  
„Länger als eine Viertelstunde kaum.“  
„Die Aussage stimmt mit der anderen überein. Gut! Sagen Sie, Herr Schaffranz... warum haben Sie zu dem zweiten Inspektionsgang mehr als die doppelte Zeit gebraucht?“  
Schaffranz sah den Kriminalisten an. Durchdringend.  
„Ich habe hinter der Scheune wohl eine Viertelstunde gestanden. Die letzten Sonnenstrahlen huschten über die Felder. Es war ein schönes Bild.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ stellt fest, daß die beiden Dokumente vielfache Parallelen und übereinstimmende Gedankengänge zeigen. Der Plan Macdonalds sei keinesfalls aufgegeben, vielmehr noch weiter ausgebaut worden. Es komme England nur auf die Qualität zwischen den Mächten an. Bemerkenswert sei, daß die englische Denkschrift mit besonderem Nachdruck die Rückkehr Deutschlands nach Genf und in den Völkerbund als wesentliche Bedingung einer Mächteeinigung hinstelle. Auch die italienische Denkschrift spreche von einer Verpflichtung Deutschlands, nach Genf zurückzukehren als Gegenwert für die Annahme der deutschen Forderungen.

Auch der „Berliner Börsenzeitung“ erscheint es nicht unbedenklich, daß die englischen Vorschläge sich auch auf andere Staaten beziehen. Das Blatt meint, man könne sich schwer vorstellen, daß eine solche Erweiterung der Diskussionsbasis einer raschen Lösung der ohnehin so schwierigen Frage besonders förderlich sein könne. Man müsse den Engländern jetzt schon zu verstehen geben, daß ihre Denkschrift letzten Endes eben nur eine „Denkschrift“ und nicht etwa schon die Generallösung der Abrüstungsfrage sei.

### Die Londoner Presse zur Abrüstungsdenkschrift

London, 1. Febr. Die britische Denkschrift zur Abrüstungsfrage findet in der ganzen Londoner Morgenpresse wenn auch nicht begeistertes, so doch warmes Lob. Es herrscht Einigkeit darüber, daß die Vorschläge so gut erdacht seien, wie es bei einer so verwickelten und heiklen Frage möglich war. Verschiedene Blätter glauben, daß es sich um den letzten Versuch handele, die Abrüstungskonferenz zu retten. Sie sprechen ferner von bedeutungsvollen Zugeständnissen gegenüber Deutschland. Auf der anderen Seite wird die Hoffnung ausgesprochen, daß Frankreich sich durch die vorgelegenen Bestimmungen über die Kontrolle und gegenseitige Befragung veranlaßt sehen wird, sich mit diesen Zugeständnissen einverstanden zu erklären. „Times“ verzeichnet schon in der Ueberschrift die Abrüstungsdenkschrift der englischen Regierung als einen wichtigen Fortschritt. Er gehe über alles hinaus, was bisher in der Abrüstungsfrage vorgebracht worden sei. Das Blatt vertritt sogar den Standpunkt, daß sie trotz ihres Kompromißcharakters entschieden und dabei genauer sei als die beinahe gleichzeitig veröffentlichte italienische Denkschrift. Was England vorschlägt, meint das Blatt, werde der Forderung Deutschlands nach Gleichheit ebenso gerecht, wie Frankreichs Verlangen nach Sicherheit. Die konservative „Morningpost“ spricht von einem letzten Versuch. Der englische Vorschlag sei klug. England werde damit ein beträchtliches Risiko aufgelegt. Vielleicht lohne es sich aber, insbesondere wenn man im Austausch gegen dieses Opfer für die nächsten zehn Jahre mit einem gesicherten Frieden und der Vermeidung jedes kostspieligen Wettrenns rechnen könne.

Der sozialistische „Daily Herald“ erinnert seine Leser daran, daß morgen der zweite Jahrestag des Beginns der Abrüstungskonferenz ist. Mit den neuen englischen Vorschlägen ist das Blatt zufrieden. Die Lage werde darin offen so behandelt, wie sie wirklich sei. Es komme jetzt auf das Verhalten Frankreichs an. Beharre es bei der Probezeit, so werde die Abrüstung endgültig scheitern. Auch „Daily Mail“ ist voll Lobes über die Gedächlichkeit und Klugheit, mit der die englische Regierung vorgegangen sei. Auch für den Fall, daß auch diese Bemühung scheitere, müßte die englische Regierung sich endgültig von der Abrüstungskonferenz zurückziehen. „News Chronicle“ spricht von den Vorschlägen eines „ehrlichen Mädlers“. Begeisterung könne man bei den Vorschlägen nicht empfinden, aber sicher sei der englische Plan weniger unbefriedigend als die Vorschläge Italiens. Im Grunde schlage Rom nur vor, daß jeder behalten solle, was er hat.

### Die französische Presse lehnt die Denkschriften ab

Paris, 1. Febr. In offiziellen Kreisen hat man bis jetzt weder zur englischen, noch zur italienischen Denkschrift sich geäußert. Die englische Denkschrift, deren Bedeutung man höher einschätzen scheint als die italienische, ist bereits eingehend geprüft worden. Doch weist man darauf hin, daß der Ministerpräsident erst am Mittwoch das Außenministerium übernommen und deshalb nicht Zeit gehabt habe, sie selbst durchzusehen.

Das Urteil der Presse über beide Denkschriften ist nicht gerade ermutigend. Man kann es als Ablehnung des englischen Vorschlags bezeichnen, obwohl einige Blätter verjühen, diese Ablehnung mit angeblichen Vorbehalten zu umgeben.

Der offiziöse „Petit Parisien“ will den englischen Beitrag zur Abrüstungsfrage nicht ohne weiteres ausschalten, da die Verständigung zwischen Paris und London über viele Anregungen durchaus möglich sei. Leider ergäben sich aber, wenn man zu die Einzelheiten eingehende, sehr ernste Meinungsverschiedenheiten. Frankreich fordere eine substantielle Rüstungsherabsetzung der

am stärksten gerüsteten Armeen, nicht aber die Aufrüstung Deutschlands.

„Deuxième“ nennt das englische Dokument wenig befriedigend für Frankreich, weil es Deutschland die Aufrüstung anbiete und gleichzeitig die übrigen Mächte zwingen wolle, ohne Probezeit abzurufen. Die angeblichen neuen Garantien, die England anbiete, seien bereits von England mehrmals durch die Artikel des Völkerbundsstatutes oder den Briand-Kellogg-Pakt übernommen worden.

## Die Berliner Gläubigerverhandlungen

Berlin, 1. Febr. Ueber die in Berlin geführten Verhandlungen mit ausländischen Gläubigervertretern wird folgende offizielle Verlautbarung ausgegeben: Zwischen Vertretern der deutschen Regierung und Beauftragten der amerikanischen und englischen Gläubiger haben Besprechungen stattgefunden, die in erster Linie den Inhalt der Transfer-Sonderabkommen zum Gegenstand hatten, die zwischen der deutschen Regierung einerseits und der schweizerischen und holländischen Regierung andererseits abgeschlossen werden sollen. Im Laufe dieser Erörterungen erwies es sich als wünschenswert, das Problem der deutschen Auslandsverschuldung unter allgemeineren Gesichtspunkten zu besprechen. An diesem Teil der Verhandlungen haben auch Vertreter der Reichsbank teilgenommen. Hierbei ergab sich allseitiges Einverständnis darüber, daß die endgültige Lösung der Außenverschuldung Deutschlands abhängig ist von einer Zunahme des Welthandels und seiner entsprechenden Verteilung, sowie darüber, daß nur eine langsame Zusammenarbeit zwischen Deutschland und seinen Gläubigern die Voraussetzungen schaffen kann für eine Ueberbrückung der gegenwärtigen Transfererschwierigkeiten und für die Aufstellung eines Schuldentilgungsplanes, der gleichermaßen den Realitäten, wie sie in der Lage Deutschlands gegeben sind, und den vertraglichen und moralischen Rechten der Gläubiger Rechnung trägt. Es herrschte ferner Uebereinstimmung darüber, daß es vom Standpunkt einer ruhigen Entwicklung höchst unerwünscht ist, das Problem des Schuldendienstes in kurzen Zwischenräumen immer wieder neu zur Diskussion zu stellen und es wurde deshalb der Vorschlag gemacht, in der ersten Hälfte des April eine Zusammenkunft der Vertreter aller lang- und mittelfristigen Gläubiger Deutschlands einzuberufen mit dem Ziel, eine Grundlage für die Handhabung des deutschen Schuldendienstes zu schaffen, die geeignet ist, die Schwächen des gegenwärtigen Systems zu beseitigen und gleichzeitig die Basis für eine Dauerregelung abzugeben. Dabei wurde anerkannt, daß es aus praktischen Gründen im Interesse der Gläubiger liegen könnte, gewisse Opfer zu bringen, wenn dies nötig erscheinen sollte und dazu dienen würde, den Ungewisheiten und Zufälligkeiten der gegenwärtigen Lage ein Ende zu setzen.

Hinsichtlich des Inhalts des Abkommens mit der Schweiz und den Niederlanden nahm die deutsche Regierung Kenntnis von der Auffassung der Gläubiger, hatte jedoch ihrerseits gewisse praktische Gründe, die gegen eine sofortige Beendigung dieser Abkommen sprachen. Die deutsche Regierung wünschte deshalb, diese Vereinbarungen bis zum 30. Juni 1934 fortzuführen, wobei festgestellt wurde, daß die für April in Aussicht genommenen Verhandlungen sich auf der Basis der Gleichbehandlung aller Gläubiger und der Beseitigung von Sonderabmachungen bewegen sollen. Das Reichswirtschaftsministerium hat die Reichsbank davon verständigt, daß dies die Auffassung der Regierung ist. Es ist dabei von der Annahme ausgegangen, daß keine Regierung irgend eines Landes, dessen Staatsangehörige hinsichtlich ihrer Gläubigerinteressen Vorteile aus diesem Vertrage haben, auf Grund der Transfererschwierigkeiten Maßnahmen gegen Deutschland treffen wird.

Um ein solches Uebereinkommen zu erleichtern und um für die Dauer des laufenden Halbjahres die Ungleichheit, die sonst zwischen der Befriedigung holländischer und schweizerischer Befragter deutscher Fonds und der anderer Nationalitäten bestehen würde, auf ein Minimum zurückzuführen, ist die Golddiskontbank bereit, eine feste Verpflichtung einzugehen, die Scrips, die die Konnectionskasse in Anrechnung der Zinsen ausübt, die während des laufenden Semesters fällig werden und nicht unter die beiden Sonderabkommen fallen, zu 67 Prozent anstatt bisher 50 Prozent zu laufen. Die Zustimmung der Reichsbank zu dieser Regelung bedeutet nicht etwa eine Änderung ihrer Schätzung vom Ende Dezember über die mutmaßliche Devisenentwicklung, sondern soll was ausdrücklich betont wird, ihre Bereitwilligkeit erkennen lassen bis zu einem gewissen Grade eine Mehrbeanspruchung ihrer Goldreserve in Kauf zu nehmen, wenn sie damit die baldige konstruktive Regelung des ganzen Schuldendienstes beschleunigen kann.

„So! Sie sind empfänglich für Naturstimmungen, Herr Schaffranz?“

„Das bin ich!“

„Nun sagen Sie, Herr Schaffranz... Sie bemerkten plötzlich den Rauch?“

„Ja!“

„War es aber zu dem Zeitpunkt nicht sehr dunkel?“

„Gewiß war es das! Aber der Tag sonst war klar, die Luft durchsichtig. Ich habe oft an demselben Fleck gestanden und an dem Unglückstage fiel mir auf, daß die Feldscheune in dieser Dämmerung...!“

„Dunkelheit!“

„Dämmerung!... daß die Feldscheune so verschwommen in der Ferne erschien. Und ich merkte, wie sich das verschwommene Bild ausdehnte und da kam mir der Gedanke: Rauch! Die Feldscheune brennt!“

„Sie haben das Feuer also nicht mit Bestimmtheit gleich erkannt? Sie ahnten es nur?“

„Ja!“

„Wie weit war von Ihrem Standplatz nach der Feldscheune zu laufen?“

„Ich brauche nie länger als neun bis zehn Minuten.“

„Wenn man rennt, kann man in fünf Minuten dort sein.“

„Ungefähr!“

„Sie rannten in den Hof, benachrichtigten die Dienstleute und holtten zwei Pferde aus dem Stall.“

„Ja!“

„Mich wundert, daß Sie nicht gleich instinktiv mitgelaufen sind?“

„Ich mußte doch den Herrn benachrichtigen. Die Pferde aus dem Stall... nicht eine Minute dauerte es.“

„Und Sie eilten sofort ans Telephon, Herr von Kamerling?“

„Willyfried nicht.“

„Ja! Aber man hatte den Draht durchgeschnitten. Da schickte ich Herrn Schaffranz zu Pferde nach Rosenberg, dem Dorf.“

„Sie ritten nahe der Brandstätte! Sind dort Löschversuche unternommen worden?“

„Nein! Die Scheune war verloren! Das sahen wir auf den ersten Blick. Die Rauchentwicklung war so stark und Wasser war nicht da. Wir konnten kaum an den Brandherd heran.“

„Es war kein Wasser da? So ist eine Feldscheune immer dem Feuer ausgeliefert?“

„Mehr oder weniger... ja! In der Nähe der Scheune ist ja ein Dämpel, der sonst genügend Wasser zum Löschen hat, aber in diesem Sommer war er ausgetrocknet. Die Scheune brannte auch an allen vier Ecken. Die Flammen schlugen riesig empor. Wir hätten auch mit Wasser nichts machen können.“

„Möglich! Das kann ich nicht so beurteilen. Nun weiter... Sie nehmen an, Herr von Kamerling... daß es sich um einen Raueakt handelt?“

„Ich vermute es! Ich wüßte wirklich nicht, wer sonst ein Interesse daran hätte, die Scheunen anzuzünden.“

„Hm! Sie waren versichert?“

„Ja!“

„Sie hatten die Versicherung erst vor kurzem abgeschlossen?“

„Allerdings!“

„So war das Gut vorher tatsächlich unversichert?“

„Das war es! Ein Fehler, den mein früherer Inspektor Thomas Bruck verschuldet hatte. Er hat das Gut unversichert gelassen. Es war geradezu ein Glücksfall, daß ich darauf kam. Ich glaube, meinem Freund und Inspektor Gotte stieß es auf und er drängte auf die Versicherung.“

Der Kommissar nickte.

„Aber... Sie waren überversichert?“

„Möglich! Ich wollte ja eigentlich nur auf 500 000 abschließen, aber der Agent überredete mich auf 700 000.“

„Der Agent hat Sie überredet? Hm! Sie haben sich bei der Ueberversicherung nichts gedacht?“

(Fortsetzung folgt).



## Englische Befriedigung über das Ergebnis der Berliner Gläubigerverhandlungen

London, 1. Febr. Die ganze Presse begrüßt mit Befriedigung das Ergebnis der Berliner Verhandlungen zwischen den englischen und amerikanischen Gläubigern auf der einen und den Vertretern der Reichsregierung und der Reichsbank auf der anderen Seite. Im „Daily Telegraph“ wird gefolgt, das Ergebnis der Verhandlungen sei entschieden günstiger für die britischen und amerikanischen Gläubiger, als Londoner Finanzkreise es erwartet hätten. „Times“ spricht in einem Leitartikel von einem sehr befriedigenden Abschluß der Verhandlungen. Beide Seiten verdienten Glückwünsche wegen der gerechten Lösung einer Frage, die sehr gefährlich zu werden drohte.

## Wichtige württembergische Gesetze

Stuttgart, 1. Febr. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, das Staatsministerium hat in der letzten Woche im Rahmen des nationalsozialistischen Staatsaufbaues und nationalsozialistischer Staatsaufgaben eine Reihe wichtiger Gesetze verabschiedet, die vom Reichstatthalter bereits ausgefertigt sind und in diesen Tagen im Regierungsblatt erscheinen werden. An erster Stelle steht

### Die neue Kreisordnung.

die an Stelle der mehrfach geänderten Bezirksordnung vom Jahre 1906 tritt. Entsprechend der Uebung in Preußen und in anderen Ländern bezeichnet die Kreisordnung die Gebiete der bisherigen Amtskörperschaften als Kreise, die Amtskörperschaften als Kreisverbände, die Amtsverwaltung als Kreisrat, den Bezirksrat als Kreisrat und die Oberamtsverwaltungen als Kreisräte. Die Kreisordnung regelt nur die Selbstverwaltung der Kreise und behält für die staatliche Verwaltung der Kreise und des Gebiets der Stadt Stuttgart die bisherigen Bestimmungen bei; sie ermächtigt aber das Innenministerium, diese Bestimmungen im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium abzuändern, soweit dies zur Anpassung an die Grundsätze der Kreisordnung oder zur Wenderung der Zuständigkeit der Kreisräte nötig ist. Aus der Kreisordnung ist als Wichtigstes hervorzuheben: Das Führerprinzip kommt in der Stellung des Landrats zum Ausdruck, der den Kreisverband leitet, verwaltet und vertritt. Bei der Verwaltung haben der Kreisrat und der Kreisrat mitzuwirken. Entsprechend dem Führerprinzip sind Kreisrat und Kreisrat beinahe ganz auf Beratung beschränkt; die Verfügung ist dem Landrat vorbehalten, der die ganze Verantwortung trägt. Auch bei der Berufung der Mitglieder ist dem Führerprinzip weitgehend Rechnung getragen. Der Kreisrat ist jährlich zusammengelegt wie bisher die Amtsversammlung. Er hat nur bei den wichtigsten Angelegenheiten mitzuwirken, während der Kreisrat bei der Verwaltung aller Kreisverbandsangelegenheiten mitwirkt, soweit nicht der Landrat, der Kreisrat oder ein Beamter des Kreisverbandes zuständig ist. Dem Kreisrat gehört von Amtswegen auch der jeweilige Kreisleiter der NSDAP an. In einigen besonders genannten Fällen hat der Landrat im Einvernehmen mit dem Kreisleiter zu handeln. Die neue Kreisordnung wird die Selbstverwaltung der Kreise im Geiste des Nationalsozialismus neu beleben und sie zur Durchführung der wichtigsten Aufgaben befähigen, die sie auch künftig zu erfüllen haben wird.

### Ein weiteres

Gezetz über Änderungen der Gemeindeordnung regelt die Rechtsverhältnisse der Teilgemeindevorsteher und Anwälte übereinstimmend mit dem für die Ortsvorsteher geschaffenen Recht. Ferner wurde in diesem Gezetz die Stellung des Ortsvorstehers als Vorsitzenden des Gemeinderats nochmals genau festgelegt.

### Das Staatsministerium hat ferner ein

Gezetz über die Württ. Prüfungsanstalt für Körperkassen erlassen. Durch dieses Gezetz wird zur Prüfung der Haushaltsrechnungen, Verwaltungen und Unternehmungen von Gemeinden, Amtskörperschaften, Zweckverbänden und anderen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperkassen sowie von Stiftungen und Anstalten, die dieser Aufsicht unterliegen, die Württ. Prüfungsanstalt für Körperkassen als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

### Nach einem weiteren

Gezetz zur Verbesserung des Straßenwesens können die Gemeinden, Amtskörperschaften und Zweckverbände durch Anordnung des Innenministeriums verpflichtet werden, sich bei der Erfüllung der ihnen obliegenden Straßenunterhaltungspläne der Beratung durch das Technische Landesamt oder der ihm unterstellten Ämter zu bedienen. Die einheitliche und rationelle Zusammenfassung des Straßenbauwesens, die durch die heutige Verkehrsentwicklung geboten ist, soll damit gefördert werden.

### Durch das

Gezetz über das Politische Landespolizeiamt ist die Politische Polizei zu einer selbständigen Landesmittelbehörde mit der Bezeichnung „Politisches Landespolizeiamt“ gemacht worden. Das Politische Landespolizeiamt steht unter der unmittelbaren Aufsicht des Innenministeriums, das auch die Aufgaben des Politischen Landespolizeiamts sowie seine Verhältnisse zu den übrigen Behörden näher bestimmt. Das Innenministerium kann auch Außenstellen des Politischen Landespolizeiamts errichten.

### Zwei Gesetze über Feldbereinigung

sollen in erster Linie die für die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung wichtigen Feldbereinigungen erleichtern und für die Grundeigentümer verbilligen. Das erste Gezetz, als viertes Aenderungsgezetz zum Feldbereinigungsgesetz bezeichnet, schafft die Grundlage, größere Feldbereinigungen als bisher dadurch zu ermöglichen, daß in mehreren benachbarten Markungen die Feldbereinigungen zugleich durchgeführt und die Zusammenlegung von Grundstücken erleichtert wird. Das zweite Gezetz, das die Durchführung von Feldbereinigungen zur Arbeitsbeschaffung, bringt weitere Erleichterungen zur Durchführung von Feldbereinigungen, die der Arbeitsbeschaffung dienen. Das Technische Landesamt kann hier eine Feldbereinigung nach Anhören des Gemeinderats mit Genehmigung des Wirtschaftsministeriums auch ohne Abstimmung der Beteiligten anordnen, wenn dies für Siedlungszwecke oder zur Vornahme von Straßenbauten oder Bauten landwirtschaftlicher Wege, von Fuß- oder Bahnerweiterungen, Ent- und Bewässerungen und anderen dem Gemeinwohl dienenden Anlagen notwendig ist. Der Gedanke, daß der Gemeinnutz vorgeht, kommt hier besonders zum Ausdruck. Das Gezetz über die Umbildung der Metzgerkammer, der Jahn- und Tierärztekammer und der Apothekerkammer erklärt die Wichtigkeit der Mitglieder dieser Kammern sowie der Erghmänner für beendet. Neuwahlen finden nicht statt. Die Aufgaben der Vollversammlungen gehen auf die Vorstände der Kammern über. Das Innenministerium ernennt die Vorstandsmitglieder. Durch diese Umstellung der Organisation soll bis zur Neuregelung des Kammerwesens eine größere Beweglichkeit und eine stärkere einheitliche Führung dieser Berufsvertretungen erreicht werden.

### Ein weiteres

Gezetz über die Wenderung des Landespolizeistrafgesetzes schafft die Rechtsgrundlage zur wirksamen Bekämpfung des Wahrlagerwesens. Nach diesem Gezetz werden künftig neben dem Wahrlager gegen Entgelt, das in den verschiedensten Formen auftritt, auch das gegen Entgelt erfolgte Zeichnen und Trauendruck, Hellschön, Sternendruck und ähnliche Gussarbeiten bestraft. In zwei weiteren Gesetzen hat das Staatsministerium das Innenministerium zur Aufstellung einer Sektion für die Personalkasse für Körperkassenbeamte und für die Fürsorgekassen für Körperkassenbeamte ermächtigt. Diese Sektionen bedürfen der Genehmigung des Staatsministeriums. Schließlich wurden noch durch ein Gezetz einige Aenderungen des Versorgungsrechts für den Körperkassendienst beschlossen, die sich in der Hauptsache aus der Durchführung des Berufsbeamtengesetzes und im Hinblick auf die Verteilung der hieraus entstandenen Versorgungslasten als notwendig ergaben.

## Deutsch-polnisches Frühstück

### anlässlich der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes

Berlin, 1. Febr. Der polnische Gesandte in Berlin hatte die Vertreter der Reichsregierung zu einem Essen eingeladen, das er gelegentlich der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Erklärung vom 26. Januar gegeben hat. An dem Frühstück nahmen teil der Reichsaussenminister Freiherr von Neurath, der Reichsminister und preussische Ministerpräsident Göring, der Reichsernährungsminister Darre und Staatssekretär von Bülow vom auswärtigen Amt. Während des Essens hielt der polnische Gesandte eine Rede, die er mit einem Trinkspruch zu Ehren des Reichspräsidenten und des Reichsfanzlers schloß. Darauf antwortete Reichsaussenminister von Neurath, wobei er ehrende Worte auf den Staatspräsidenten der Republik Polen und auf Marshall Bilsudski sprach.

Warschau, 1. Febr. Zwischen dem polnischen Außenminister und dem deutschen Gesandten von Nolte fand am Mittwoch der Austausch der Ratifikationsurkunden des deutsch-polnischen Luftfahrtabkommens statt, das im August 1929 unterzeichnet worden war.

## Herve über die Bedeutung der Kanzler-Rede

Paris, 1. Febr. Die groß angelegte Rede des Reichsfanzlers und die vom Reichstag verabschiedete Verfassungsreform werden weiter von der französischen Presse ausführlich besprochen. Gustave Herve kommt in der „Victoire“ zu folgenden Feststellungen: Ich befrage die Franzosen, die an dieser großen deutschen Revolution vorübergehen, „ohne etwas davon zu verstehen und ohne die große und weltbedeutende Tragweite zu begreifen. Wenn man die meisterhafte Rede liest die Reichsfanzler Hitler gehalten hat, fühlt man sich gedemütigt bei der Feststellung, in welche Hand die Regierungsgewalt in Frankreich geraten ist. Die Sprache des nationalsozialistischen Führers ist die eines Staatsmannes. Der Kanzler fordert die Saargebiet, das hundertprozentig deutsch ist das man aber von Deutschland abgetrennt hat. Als Deutschösterreicher fordert er für die sieben Millionen das Recht zu dem unteilbaren Deutschland zurückzukehren. Zum zweiten Male innerhalb drei Monaten hat das deutsche Volk öffentlich und furchtlos vor aller Welt dem französischen Volk die Hand gereicht. Herr Daladier, werden Sie aus Furcht vor den Royalisten der Action Francaise diese Hand ausschlagen?“

## Tirol unter Dollfuß' Terror

Wien, 1. Febr. Bundeskanzler Dollfuß erläßt einen neuen Aufsat für das österreichische Volk, der der Presse als Putschnachricht zur Veröffentlichung übermittelte wird. In dem Aufsat wird eine generelle Säuberungsaktion für Tirol angekündigt. Der Sicherheitskommissar, Vizkanzler Jen wird beauftragt, alle Staatsfeinde (1) „zur Reison zu bringen“ und die Verordnung über die Aufhebung der Organe der Länder und Gemeinden in Anwendung zu bringen. Der Personalkommissar wird ferner beauftragt, im Sinne der neuen Beamtenordnung unverzüglich seine Tätigkeit aufzunehmen. Wer sich gegen die Befehle der Bundesregierung stellt, wird als ein Feind des Volkes und Vaterlandes erklärt; solchen Elementen wird der Kampf bis zum äußersten angejagt.

## Der Absturz der russischen Stratosphärenflieger

Moskau, 1. Febr. In der Sitzung des kommunistischen Parteikongresses der Sowjetunion machte der erste Sekretär im Bundeshauptvolkskongress, Jenuke über den Absturz des Stratosphärenballons folgende Mitteilungen: Am Dienstag zwischen 15.30 und 17 Uhr stürzte die so genannte Gondel des Stratosphärenballons „Ossowiasim“ in der Nähe des Dorfes Potilskoi Ostrog, etwa 8 Kilometer südlich von der Station Radolst der Bahnlinie Moskau-Kajan ab. Beim Ausprall löste sich die Ballonhülle und flog davon. Die Gondel mit den drei tödlich verunglückten Fliegern wurde ausgefunden. Aus Befundungen von Augenzeugen ergab sich folgendes Bild der Katastrophe: Beim Absturz löste sich plötzlich die Hülle des Ballons, wobei zwei laute Explosionen zu vernehmen waren. Die Leichen der drei verunglückten Stratosphärenflieger wurden in der Gondel liegend ausgefunden. Eine davon ist die zur Unkenntlichkeit verkrüppelt. Sämtliche Geräte und Gegenstände in der Gondel sind zertrümmert.

## Letzte Nachrichten

### Starker Rückgang der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe

Berlin, 1. Febr. Der Reichsarbeitsminister teilt folgendes mit: Die Zuschüsse für Instandsetzungs- und Umbauarbeiten haben sich im letzten Vierteljahr 1933 auf den Arbeitsmarkt außerordentlich günstig ausgewirkt. Gegenüber den Zahlen aus den gleichen Monaten des Jahres 1932 war die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zurückgegangen: Im Oktober 1933 um 32 v. H., im November 1933 um 35 v. H., im Dezember 1933 um 22 v. H. Die Zahlen der Arbeitslosen im vierten Vierteljahr 1933 lagen sogar unter den entsprechenden Zahlen des Jahres 1930, obgleich damals die Beschäftigung noch durchaus günstig war. Der geringere Rückgang der Arbeitslosigkeit im Dezember 1933 ist auf das langanhaltende Frostwetter zurückzuführen.

### Anordnung über Tragen des Schulterriemens

Berlin, 1. Febr. Der Reichsminister des Innern macht darauf aufmerksam, daß das Tragen des Schulterriemens zur Uniform nur den hinter der Kaiserung der nationalen Erhebung stehenden Verbänden (SA. und ihre Gliederungen, Hitlerjugend, Luft-

postverband, Reichsluftschutzbund) sowie den Mitglidern der dem Reichsinnenministerium unterstellten technischen Ratikasse gestattet ist.

### Feldbischof D. Schlegel tritt in den Ruhestand

Berlin, 1. Febr. Der evang. Feldbischof der Wehrmacht, D. Schlegel, tritt mit Ablauf des Monats März 1934 auf eigenen Antrag in den Ruhestand. D. Schlegel hatte schon vor drei Jahren die Altersgrenze erreicht; sein Ausscheiden ist nur auf sein hohes Alter zurückzuführen. Ueber die Nachfolge D. Schlegels ist noch nicht entschieden.

### Die Neuordnung des Evangelischen Jugendwerks

Berlin, 1. Febr. Der Jugendpfarrer der Deutschen Evangelischen Kirche für die Neuordnung des Evangelischen Jugendwerkes und Eingliederung in die HJ hat für Württemberg (Gebiet 20) Pfarrer Dölker, Stuttgart, hohentrage 11, und für Baden (Gebiet 21) Landesjugendpfarrer Dr. Schilling, Karlsruhe, Neidenbacherstraße 14, als Bevollmächtigte ernannt.

### Tagung des Weltpostvereins eröffnet

Kairo, 1. Febr. Die 10. Tagung des Weltpostvereins wurde am Donnerstag durch den ägyptischen Kronprinzen an Stelle des erkrankten Königs eröffnet.

### Oberst Reinhardt an den Koffhäuserbund

Berlin, 1. Febr. Der neue Bundesführer des Reichskriegerbundes Koffhäuser Oberst a. D. Reinhardt, richtete an die Mitglieder des Koffhäuserbundes eine Kundgebung, in der es unter anderem heißt:

„Der Frontgeist des Soldatentums von 1914/18 und der Kampfergeist der nationalsozialistischen Revolution gehören zum Leben. Auf ihrer Grundlage baut sich das Dritte deutsche Reich auf. In dieser Anschauung werde ich den Koffhäuserbund führen. Das neue Deutschland braucht jeden Mann. Unsere Zeit duldet keinen Stillstand. Jeder muß schaffen und mithelfen, jeder muß Gemeinnutz vor Eigennutz stellen. Beispielgebend sollen die Männer, die der Koffhäuserbund aus allen Volksschichten umschließt, hierin vorangehen; sie sollen die Kameradschaft und das Pflichtbewußtsein der Front zu neuem Leuchten bringen und lebendig verbinden die Generation des großen Krieges mit der Generation des nationalsozialistischen Sieges.“

### Reichsausschuß für die deutsche Holzwirtschaft

Berlin, 1. Febr. Auf holzwirtschaftlichem Gebiet ist soeben eine bedeutsame Entscheidung gefallen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, R. Walter Darre, hat im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt die Berufung eines Reichsausschusses für Holzwirtschaft beschlossen. Es soll Aufgabe dieses nach besonderen Gesichtspunkten ausgewählten Sachverständigenrates sein, der Reichsregierung in holzwirtschaftspolitischen Einzelfragen mit Rat und Vor schlägen auf Anfordern zur Verfügung zu stehen. Damit ist die Zeit abgelaufen, in der die in viele Einzelgruppen auseinandergehende Holzwirtschaft den zuständigen Ministerien die inhaltlich meist in erhöhtem Maße auseinandergehenden Entschlüsse und Denkschriften über diese oder jene Fachfrage überreichte. Die Art der Zusammenlegung dieses Ausschusses — es werden ihm Vertreter der Forstwirtschaft, des Holzhandels, der Sägeindustrie, der Zellstoff-, Papier- und Pappenindustrie sowie des Bergbaues angehören — und die ihm vorgegebene Arbeitsweise zeigen, daß dieser Sachverständigenrat ein Gebilde nationalsozialistischer Wirtschaftsgestaltung ist.

## Wohales

### Wildbad, 2. Februar 1934.

Schnee — und wieder Schnee. Die andauernden Schneefälle machten es notwendig, daß gestern der Schneepflug in den Verkehrsstraßen geführt werden mußte. 50—60 Zentimeter hohe Schneewälle türmen sich an den Gehsteigen auf und es sieht nicht danach aus, als ob des Winters Nacht gebrochen wäre. Nun — wir wollen uns darüber freuen und damit rechnen, daß zum kommenden Sonntag die Rodelbahn lange schon ihrer Bestimmung harret, noch ein Wettrodeln ausgeschrieben wird, damit neben den Schläusern auch die Rodeler wieder einmal eine Sonntags Freude haben.

Ehrungen. Vom Württ. Kriegerbund erhielten aus Anlaß ihrer 50-jährigen Zugehörigkeit zum hiesigen Krieger- und Militärverein folgende Kameraden den goldenen Ehrenschild: Christian Schmidt, Zimmermeister, Johann Treiber, Sattlermeister und Jakob Wacker, Garrenhalter i. R. Gleichzeitig ernannte der Vereinsführer, Hauptlehrer Karl Pfau diese Kameraden zu Ehrenmitgliedern des Vereins. Die Vorstandschaft überbrachte den Geehrten die Urkunden und Glückwünsche des Vereins. Mögen diese Kameraden, die so viele Jahre in Freud und Leid dem Verein in Treue gedient haben, sich dieser hohen Auszeichnung noch lange Jahre in Gesundheit erfreuen!

Späterlegung des letzten Zuges für Theaterbesucher. Am Sonntag den 4. Februar verkehrt der P. 3248 Pforzheim-Wildbad für Theaterbesucher 29 Minuten später. Pforzheim ab 23.15 — Wildbad an 23.59 Uhr.

— Lichtmeß. „Lichtmeß — bei Tag es“, sagt der schwäbische Bauer. „Lichtmeß, das Heu meß“, mahnt der Anecht. „Lichtmeß — die Spindel vergeß“, unterrichtete zu Großvaters Zeiten die Bäuerin ihre Nichte. „Lichtmeß — ein Stück Brot weiter es“, scherzen noch heute Hirt und Hirtin. Am Lichtmeß, auch Maria Reinigung, Kerzentag, unser Frauen-Lichtmeß genannt, werden die Tage sichtbar wieder länger und die Nächte merklich kürzer. — Ehemaliger Ziel- und Flechttag für die schwäbischen Diensthofen, hat sich im Allgäuischen der Spruch bis auf heute erhalten: „Zu Lichtmeß ist mein Bündeleinstieg, mein Bauer mich nicht leiden mag“. — Als Hauptlosstag reihen sich im Lichtmeß eine Reihe mehr oder minder wertvoller Wetterregeln. Wir bringen einige besonders in Schwaben verbreitete Sprüche: „Lichtmeß Sonnenschein, sperrt den Wolf sechs Wochen ein; schlupft der Bär ins Loch hinein, muß's noch sechs Wochen Winter sein“. Der Hinweis auf Wolf und Bär zeugt für das Alter der Regel. — „Solang die Kage vor Lichtmeß in der Sonne sitzt, so lange muß sie nach Lichtmeß wieder hinter den Ofen“. — „Wenn am Lichtmeßtag sich tut die Sonn' einfinden, steht noch größerer Schnee dahinten“. — „Wenn's an Lichtmeß stürmt und schneit, ist der Frühling nimmer weit; ist es aber klar und hell, kommt der Frühling nicht so schnell“. — An Lichtmeß wollten unsere Vorfahren lieber einen Wolf um den Hof schleichen sehen, als einen Mann in Hemdbärmeln, der im Freien arbeitet.

## Gebt für die Winternothilfe!





# Württemberg

## Wiederherstellung des Kirchenfriedens

Stuttgart, 1. Febr. Im Württ. Innenministerium fand auf Veranlassung von Präsident Dr. Mattheis eine Aussprache zwischen Vertretern der Kirche, des Staates und den Führern der verschiedenen religiösen Gruppen über die Lage in der Deutschen Evangelischen Kirche Württembergs statt. Die unter dem unmittelbaren Eindruck der Rede des Führers in verhältnismäßig gelassenem Geist geführten Auseinandersetzungen können als der Abschluss des kirchenpolitischen Streites in Württemberg betrachtet werden. Von allen Anwesenden wurden in einer einstimmig gebilligten Erklärung Richtlinien aufgestellt, nach denen die Beziehungen der verschiedenen Gruppen endgültig geregelt werden sollen.

An der mit lebhafter innerer Anteilnahme geführten Aussprache beteiligten sich neben Herrn Landesbischof D. Wurm, Herr Ministerialdirektor Dr. Dill, weitere Vertreter der württembergischen Kirchen und Staatsvertreter, die Führer der seitlichen kirchenpolitischen Gruppen und die Professoren der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Tübingen, D. Feser, D. Weiser, D. Mittel.

Die Offenlichkeit wird diesen Schritt zur Beendigung eines von allen am kirchlichen Leben Anteilnehmenden mit Schmerz und wachsender Besorgnis ertragenen Zustandes mit Genugtuung betrachten und ihn als eine auch sie bindende Verpflichtung empfinden.

## Ein Dank der Kirche

ep. Stuttgart, 1. Febr. Landesbischof D. Wurm richtete an Reichsbischof Müller folgendes Telegramm: „Eine allgemeine kirchliche Annahme wäre die schönste Antwort der Kirche auf die Kanzlerrede.“

## Der Aufmarsch des Arbeitsdienstes

Stuttgart, 1. Febr. Die Transportzüge mit unseren Arbeitsdienstwilligen aus dem gesamten Gau Württemberg und Hohenzollern treffen am Samstag vormittag im Hauptbahnhof ein. Auf dem Droschkenhalteplatz werden die Arbeitsdienstkolonnen von der Arbeitsdienstkapelle Baihingen a. F. empfangen. Die einzelnen Abteilungen setzen sich vom Droschkenhalteplatz aus in Marsch nach den sieben Gruppenversammlungsplätzen: Degerloch, Wilhelmsplatz, Leipziger Platz, Platz vor der Matthäuskirche in der Karlsoorstadt, Platz vor der Heilandskirche, Platz vor der Pragshule und Wernerstraße bei der Königs-Karls-Brücke in Cannstatt. Von hier aus, in der Zeit etwa zwischen 10 und 14 Uhr suchen die Freiwilligen die ihnen zugewiesenen Quartiere auf. Der Samstag nachmittag steht den Arbeitsdienstkolonnen zur Verfügung der Stadt und zu Besuchen bei Verwandten und Bekannten zur Verfügung.

Gegen 17 Uhr treten die einzelnen Lager auf dem genannten Gruppenversammlungsplätzen an und marschieren durch die Stadt zu den befohlenen Aufmarschplätzen am Schlossplatz. Auf ein gegebenes Signal setzen sich um 19.30 Uhr die einzelnen Kolonnen mit brennenden Fackeln in der Richtung nach dem Schlosshof in Bewegung und vereinigen sich an der gesamten Front des Schlosshofeinganges zum Einmarsch in zehn Säulen in den Hof. In einem Feuermeer von 4000 Fackeln, in der Mitte die Fahnenabteilung, vor der Front drei Fahnenhelfer, zwölf Fanfarenbläser und sechs Trommler mit Landsnedetrommeln, marschieren die 8000 Arbeitsdienstkolonnen unter dem Gesang des eigenen für diese Feier komponierten Liedes „Uns kommt kein Notgen“, begleitet von der 70 Mann starken Musikkapelle, nunmehr in den Schlosshof ein. Diese Form des Aufmarsches hebt sich durch die Eigenart und besondere Note von bisher stattgefundenen ähnlichen Kundgebungen ab und verspricht ein einzigartiges Bild zu werden. Die Formationen werden dem Gauarbeitsführer vom Stabsleiter, unter dessen Kommando der Aufmarsch steht, gemeldet. Nach den Ansprachen der Führer vom Balkon des Schlosses aus spielt die Musik den Großen Zapfenstreich. Der Aufmarsch bewegt sich vorüber am Olga-Bau, durch die Königsstraße, Kotebühlstraße, nach der Kotebühlkaserne, in deren Hof die Fackeln zusammengeworfen werden.

Am Sonntag vormittag rücken die Arbeitsdienstabteilungen erneut zu ihren Ausgangsplätzen am Schlossplatz. Um 11 Uhr findet der Einmarsch der 8000 Kameraden in den Schlosshof zur feierlichen Verpflichtung statt. Nach Beendigung der Verpflichtung setzen sich die Abteilungen in Marschkolonnen und ziehen vorbei am Olga-Bau, über die Untere Königsstraße, Schillerstraße, Redarstraße, Adolf-Hitler-Straße zum Schlossplatz, wo der Reichsarbeitsführer an der Mittelfronte des Schlosshofeinganges den Vorbeimarsch abnimmt. Die einzelnen Lager marschieren nach dem Vorbeimarsch direkt zu ihren Quartieren und treten die Rückfahrt am Sonntag abend in ihre Heimatlager an.

Tübingen, 1. Febr. (Meineid.) Das Schwurgericht hat den 19 Jahre alten Dienstknecht Sebastian Fischer von Grohngtingen u. Meiningen wegen Meineids zu 1 Jahr Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust und den verheirateten Steinbauer Magnus Gaudy von Grohngtingen wegen Verleitung zum Meineid zu 2 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Calw, 1. Febr. (In Schutzhaf genommen.) Das Oberamt teilt mit, daß ein Einwohner von Würtzbach in Schutzhaf genommen wurde, weil er sich nach Empfangnahme von Gaben aus dem Winterhilfswerk in Calw so betrunken hat, daß er auf dem Nachhauweg das die Gaben enthaltende größere Paket verlor.

Kirchheim, 1. Febr. (Adolf Hitler-Ring.) In Anwesenheit des Innenministers Dr. Schmid nahm am Abend des 30. Januar Bürgermeister Marx die feierliche Umbenennung der bisherigen Oberen und Unteren Alleenstraße in „Adolf Hitler-Ring“ vor.

Lauffen a. N., 1. Febr. (Ehrung.) Eine Plakette mit dem Bild des früheren Landtagspräsidenten Theodor Körner alt wurde am Dienstag hier an seinem Geburtshaus in der Adolf Hitler-Straße (jetzt Gutgeschäft Klüger) angebracht.

Gmünd, 1. Febr. (Notstandsgebiet.) Das Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 26. Januar 1934 unter Billigung des Herrn Reichsstatthalters folgende Entscheidung gefaßt: „Das Staatsministerium hat die Verhältnisse der Stadtgemeinde Schw. Gmünd untersucht und ist zu der Überzeugung gekommen, daß die Stadtgemeinde Gmünd zu den Notstandsgebieten des Landes gehört.“

Haslach, O. A. Tettang, 1. Febr. (Römische Funde.) Letzte Herbst fand ein Bürger von Rembrechts in seinem neuangelegten Hopfengarten etliche 80 römische Münzen und Fierate aus Silber verschiedener Art, wie Schnallen, Ringe u. a. Die gefundenen Münzen stammen aus verschiedenen Jahrhunderten: die älteste ist vom Jahre 40 v. Christus, die jüngste vom Jahre 231 nach Christus. Man darf also annehmen, daß die Münzen und die Fierate, die die Altertümerammlung in Stuttgart aufgekauft hat und dort ausstellen wird, vor dem ersten Einfall der Alemannen im Jahre 235 verstreut worden und die Eigentümer geflohen oder getötet worden sind.

Ulm, 1. Febr. (Zwei Schiffsfahrer verunglückt.) Am Sonntag vormittag fand man, wie aus Immenstadt gemeldet wird, unterhalb der Mittagalpe einen Schiffsfahrer aus Ulm, der sich beim Sturz einen Unterschenkelbruch zugezogen hatte. Nachmittags verunglückte beim Gschwenderhorn ein Ulmer, der ebenfalls einen Unterschenkelbruch erlitt.

Ulm, 1. Febr. (Verunglückt.) Am Mittwoch ereignete sich vor der Leichenhalle des Ulmer Friedhofs ein Zusammenstoß zwischen zwei Kraftwagen. Der eine Personenkraftwagen kam von Stuttgart her, in ihm saßen der seit einigen Wochen im Dienste der Reichsautobahn Stuttgart-Ulm stehende, früher in Ulm tätige Oberbaurat Hurth und sein Chauffeur, im anderen, das von der Richtung Ulm herkam, ein Taxifahrer und ein Fahrgast. Durch den Zusammenstoß der beiden Autos erlitt Oberbaurat Hurth schwere Verletzungen. Der Chauffeur hatte leichtere Gesichtsverletzungen erlitten. Die Insassen des Taxi kamen noch glimpflich weg.

## Schneestürme im Schwarzwald

Vom Schwarzwald, 1. Febr. Ein heftiger Schneesturm ist über die Kammlänge des Schwarzwaldes gegangen. Erstmals wird von den Beobachtungsstellen eine teilweise Verwehung des Schnees auf den Gipfeln gemeldet. Zum Teil ist der Schnee bis zu einem Meter angeweht. Die Gesamtschneehöhen werden vom Nord-Schwarzwald mit 70 bis 90 Zentimeter auf den höchsten Erhebungen angegeben, im Südschwarzwald liegen ähnlich beträchtliche Schneemengen. Seit Mittwoch früh sind einige Duzend Bahnhälften im gesamten Hochschwarzwald in Betrieb, um die Höhenzufahrtsstraßen zu bahnen. Im Hundseckgebiet hat man den Raupenschlepper zur Freimachung der Bühlertalstraße verwendet, im Ruhesteingebiet sind Bahnhälften über die Pöschhöhe gefahren; die Strecke Mummelsee-Grinde wurde gleichfalls gebahnt. In dem als „Schneeloch“ bekannten Bergabschnitt zwischen Hornsgründe, Mummelsee und Ruhestein und in der Hochwaldzone der Langen Grinde ging der größte Schneefall des Winters nieder. Infolgedessen hat die Schneemächtigkeit an windgeschützten Stellen in vielen von Stikauern bevorzugten Gegenden ungefähr 70 bis 90 Zentimeter erreicht und stellenweise trifft man schon auf 1 Meter totaler Schneehöhe. Es herrschen 4-5 Grad Kälte, so daß der Schnee von feinst, sprühender und pulveriger Beschaffenheit ist.

## Sport-Vorschau.

Am kommenden Sonntag steigt in Sprollenhaus das wohl wichtigste Treffen der ganzen Schlußrunde der Kreisliga 2: Sprollenhaus—Herrenalb. Der Ausgang des Spieles ist insofern von ausschlaggebender Bedeutung, als nun tatsächlich der FC. Spr. das Jünglein an der Waage bildet zwischen den beiden Meisterkandidaten Wiltbad und Herrenalb. Durch den neuerdings erlittenen Punktverlust Wiltbad in Höfen sind beide Vereine punktgleich geworden bei gleicher Spielanzahl. Es ist daher sehr wohl begründlich, wenn sich das ganze sportliche Interesse der Begegnung Sprollenhaus—Herrenalb zuwendet. Am meisten gespannt dürfte wohl Wiltbad sein. Erzwingt Sprollenhaus ein Unentschieden oder gewinnt gar, so steht mit 99% Gewissheit der Meister in Wiltbad fest. Die noch restlichen Begegnungen würden wohl wenig mehr daran ändern. Gewinnt Herrenalb, so ändert sich nichts am Tabellenstand, da auch Wiltbad am Sonntag gewinnen wird. Es muß jetzt schon betont werden, daß der FC. Spr. in stärkster Aufstellung antritt und entschlossen ist, die Feinerzeit in Herrenalb so kurz vor Spielende erlittene Niederlage weit zu machen. Jedenfalls dürfte der Spr. B. Herrenalb am kommenden Sonntag eine harte Nuß zu knacken haben, und er wird seines ganzen Könnens bedürfen, wenn er den Anschluß nicht verpassen will. Dem FC. Spr. aber wünschen wir guten Versuch und vollen Erfolg am kommenden Sonntag.

— Zur besseren Erläuterung sei ein Ueberblick über den jetzigen Tabellenstand gegeben:

Spiele	ge-	unent-	ver-	Tore	Punkte	
	wonnen	schieden	loren	für gegen		
Wiltbad	9	6	3	—	45:10	15
Herrenalb	9	7	1	1	44:20	15
Höfen	9	5	2	2	50:25	12
Sprollenhaus	9	3	2	4	23:26	8
Rotensol	9	2	2	5	15:37	6
Enzklösterle	9	1	3	5	23:35	5
Neufaj	9	—	3	6	7:54	3

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

Kommissar der Freiwilligen Krankenpflege. Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg und Gotha ist vom Reichspräsidenten zum Kommissar der Freiwilligen Krankenpflege ernannt worden. Der bisherige Kommissar, Reichsminister a. D. Dr. Geisler, der sein Amt mit Rücksicht auf die Neugehaltung des deutschen Roten Kreuzes zur Verfügung gestellt hatte, ist von dem Reichspräsidenten mit einem herzlichen Dankschreiben, dem sich der Reichsminister des Innern namens der Reichsregierung angeschlossen hat, aus seinem Amte entlassen worden.

Eisenbahnunfall in der Lauff. Am Donnerstag früh fuhr auf dem Bahnhof Ruhland (Lauff) eine Abteilung dem auf Richtung Grohngting einzufahrenden Durchgangsgüterzug in die Flanke. Dabei wurden 6 Güterwagen zertrümmert und die Rangierlokomotive stark beschädigt. Der Sachschaden ist erheblich. Der Zugführer wurde bei dem Unfall leicht verletzt.

Drei Todesopfer einer Dynamitexplosion. Bei Lucinco ereignete sich ein Explosionsunglück, das drei Todesopfer forderte. Ein Schrankenwärter hantierte mit einer Röhre, ohne zu wissen, daß sie Dynamit enthielt. Plötzlich erfolgte eine Explosion, durch die der Eisenbahnbeamte und zwei in diesem Augenblick vorübergehende Frauen getötet wurden.

Englischer Junkmast in Flammen. Der 165 Meter hohe Mast der Funkstation der Admiralität in Waltham bei Grimsby ist in Brand geraten, das Feuer, das ungefähr 10 Meter vom oberen Ende des Mastes entfernt begann, frist sich langsam herunter. Es ist unmöglich, dem Brand Einhalt zu tun und man befürchtet, daß der Mast einstürzt, und auf die Verwaltungsgebäude fallen wird, in denen sich die drahtlosen Apparate befinden. Der Mast besteht aus Stahl, der mit Holz verkleidet ist.

Explosionsunglück in einer Färberei. Am Donnerstag ereignete sich in den Betriebsräumen der Färberei Kette in Reudtting bei München eine Explosion, durch die der 19-jährige Färbereihilfe Willi Kaiser getötet und zwei weibliche Hausangestellte verletzt wurden. Die Betriebsräume wurden zerstört, eine Hausmauer teilweise zum Einsturz gebracht.

Berlin im Winterkleid. Am Mittwoch abend setzte in Berlin heftiges Schneetreiben ein, das die Nacht über anhielt und die Reichshauptstadt zum erstenmal in diesem Jahr in ein tief winterliches Kleid hüllte. In den Außenbezirken lieat der Schnee bis zu 20 Zentimeter hoch.

Herausgeber und Verlag: Buchverleger und Zeitungsverlag Wiltbader Tagblatt, Wiltbader Wochblatt, Wiltbad 1, Schwarzwald (Zsh. Th. Gsch) 2/3 12 33. 78c.

Stadt Wiltbad.

## Betreff: Steuergutscheine.

Zur Erlangung von Steuergutscheinen war die Steuer für den Jahresabschnitt 1. 10. 32/30. 9. 1933 bezw. für Landwirte bis 31. 12. 1933 zu bezahlen.

Außerdem mußte ein besonderer Antrag gestellt werden. Rückständige Anträge können bis 31. 3. 1934 noch eingereicht werden. Bordrucke sind bei der Stadtpflege zu erhalten. Bürgermeisteramt.



## Schützen-Verein Wiltbad.

Am Samstag den 3. Februar 1934 findet unser

## Familien-Abend

im Hotel „Kühler Brunnen“ statt. — Wir laden hierzu unsere Ehren-, aktiven und passiven Mitglieder freundlichst ein. Beginn 8 Uhr.

Nichtmitglieder haben keinen Zutritt. — Auswärtige Gäste können nur nach vorheriger Anmeldung beim Schützenmeisteramt eingeführt werden.

Das Schützenmeisteramt.

Freiwillige Gaben zur Gabenverlosung lassen wir bei unseren Mitgliedern abholen.

## R.R.-Schützenabteilung.

Den Familienabend des Schützenvereins Wiltbad feiern wir gemeinsam und werden hierzu sämtliche Mitglieder mit ihren Familienangehörigen herzlich eingeladen. Der Ausschuß.

## Gutes Kuhfleisch

das Pfund 45 Pfg. bei Hermann Schmid.

## Geschäfts-Verlegung und -Empfehlung

Der geschätzten Einwohnerschaft von Wiltbad zur gefl. Kenntnis, daß ich mein

## Maßgeschäft

ab 1. Februar nach

Charlottenstr. 47 (Villa Luise)

verlegt habe. — Gleichzeitig empfehle ich mich im Anfertigen eleganter

## Herrengarderobe

sowie Damenmäntel und Kostüme

Ständig großes Musterlager „Aparthe Neuheiten“

ALBERT KERN, Maßschneiderei

## Unkündbare Tilgungs-

Darlehen zu 3 Prozent

zur Abl. von Hypoth., Bau oder Umbau,

sowie Kauf von Häusern etc., durch die

Zwecksparkasse des Landesverbands württ.

Haus- und Grundbesitzervereine G. m. b. H.

Heilbronn 44.

Vom Reichsaufsichtsamt zum Geschäftsbetrieb zugelassene Bausparkasse.

Hauptvertreter: Fritz Müller, Neuenbürg.

Bei schriftl. Anfragen Rückporto erbeten.

## Junges, fleißiges, intelligentes

Mädch. sucht Stelle

als Hausmädchen

in gutem Hotel. Angebote

unter B 25 an die Tagblatt-

Geschäftsstelle.

Eine kleine Anzeige ist besser als keine Anzeige

## Pfaff-Nähmaschinen

Anerkannt best. deutsches Fabrikat

Sticken, Stopfen, Nähen

vor- und rückwärts

empfehl

bel bequemer Ratenzahlung

Karl Tubach jun.

Telephon 437



## Nasse Füße

begünstigen Erkäl-

tungskrankheiten. Ge-

ben Sie deshalb Ihren

Kindern stets einige

Kaiser's

Brust-Caramellen

mit auf den Weg.

Halten Sie sich

dieses Hausmittel

stets vorrätig!

Kaiser's

Brust-Caramellen

mit den 3 Tannen

Jetzt Beutel 35 Pfg.

Dose 40 und 75 Pfg.

Zu haben bei: Stadt-Apotheke

Dr. C. Metzger Nachf. H. Stephan;

Eberhard-Drogerie Carl Plappert;

C. Aberle Inh. E. Blumenthal;

Wilhelm Bott; Emilie Hammer;

Ludwig Kappelmann; Fritz Kloss

und wo Plakate sichtbar.

